

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 10.02.2009

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
(mit Unterbrechung für den nicht öffentlichen Teil)

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreterin: Frau Ute Haupt
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter: Herr Krause
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	Vertreter: Herr Wöllenweber

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim unterbreitete den Vorschlag, dass der Tagesordnungspunkt 5.1 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 im nicht öffentlichen Teil beraten wird und die Sitzung mit diesem Teil der Sitzung begonnen wird.

Der ursprüngliche TOP 5.2 werde dann zu 5.1.

Herr Geier bat um folgende Verfahrensweise zur Tagesordnung:

- Beratung der Reduzierung freiwilliger Leistungen des Dezernates IV
- Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen Leistungen - Gesamtvorlage
- Beratung über den SPD-Antrag für ein Angebot an Studierende
- Beteiligungsbericht
- Haushaltssatzung und Haushaltsplanung 2009.

Die Mehrheit der Mitglieder sprach sich für die vorgeschlagene Verfahrensweise von Herrn Dr. Meerheim aus.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Beteiligungsbericht
Abschlussberatung
Vorlage: IV/2008/07577
 - 4.1.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Haushaltsplanansätzen im Bereich Bildung
Vorlage: IV/2009/07817
 - 4.2. Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen Leistungen
Vorlage: IV/2009/07733
 - 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage IV/2009/07742
Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen Leistungen (Künstlerhaus 188)
Vorlage: IV/2009/07759
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285
 6. schriftliche Anfragen von Stadträten
 7. Mitteilungen
 8. mündliche Anfragen
 9. Anregungen

Sodann stellte Herr Dr. Meerheim die Nichtöffentlichkeit her.

(19:00 Uhr wurde mit dem nicht öffentlichen Teil fortgefahren.)

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift zur Genehmigung vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 Beteiligungsbericht Abschlussberatung Vorlage: IV/2008/07577

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter, Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Frau Haupt, Herr Misch, Herr Dr. Schmidt, Herr Krause, Frau Szabados, Herr Geier, Herr Kogge und Frau Gruß.

Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits

Herr Geier erläuterte die Darstellung der Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits - Variante 1 im Rahmen des Änderungsantrages der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Frank Sängler (CDU) zum „Beitrag der Wohnungsgesellschaften“. Auf Nachfrage führte er u. a. aus, dass bezüglich der Position 7 - Veräußerung städtischen Vermögens 65 Mio. € aus dem Jahr 2008 verschoben wurden. Die 23 Mio. € in der Jahresscheibe 2012 ergeben sich aus dem Ziel, dieses Jahr ausgeglichen abzuschließen. Diese Maßnahme sei noch nicht konkret untersetzt. Die Darstellung bilde die Fortschreibung des kumulierten Altdefizits ab. Der Jahresabschluss 2008 wurde bei der Modellrechnung berücksichtigt. Frau Gruß ergänzte die Erläuterung und den Bezug zwischen Haushaltssatzung und Modellrechnung.

Frau Szabados erläuterte, dass bei der Berücksichtigung der Entwicklung der Beiträge der Wohnungswirtschaft die Modellrechnung mit der Variante 1 (SPD-Antrag) zu berücksichtigen sei. Wenn dies die Stadträte nicht wünschen solle die Modellrechnung unter Einbeziehung aktueller Entwicklungen mit Stand 06.02.2009 Berücksichtigung finden.

Aufgrund der Anmerkung von einigen Stadträten, dass die IST-Zahlen nicht konsequent berücksichtigt werden, führte Herr Geier aus, dass diese in der Finanzplanung verarbeitet wurden. Auch bezüglich der Konsolidierung wurde das Ergebnis eingerechnet, weil dadurch der Konsolidierungsaufwand sinke. In der Haushaltssatzung wurde gemäß der Haushaltssystematik die entsprechende Planzahl berücksichtigt. Eigentlich hätte der Haushalt im Dezember beschlossen werden sollen, zu diesem Zeitpunkt dienen auch die Planzahlen als Grundlage für den Beschluss, da das Jahresergebnis noch nicht bekannt sei.

Abstimmung über die Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits - Variante 1 inklusive Veränderungen der Beiträge der Wohnungswirtschaft:

2 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Im Namen der CDU-Fraktion stellte Herr Misch den Antrag siehe 4.1.1.

Die Diskussion wurde mit dem TOP 4.2 fortgeführt.

Aufgrund der fortgeschrittenen Beratungszeit wurde über das weitere Beratungsverfahren diskutiert.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde daran erinnert, dass die Beantwortung der Anfrage zum Sozialticket und zu den Ausgaben für den Antrag bezüglich der Studierenden noch offen sei. Weiterhin wurde der Beteiligungsbericht noch nicht besprochen.

Frau Szabados warb für die Verabschiedung des Haushaltes im Februar im Stadtrat. Aufgrund des lange geplanten Bürgerforums, könne sie persönlich und auch die anderen Beigeordneten nicht an der Sitzung am 17.02.2009 teilnehmen.

Herr Geier schlug vor, die Haushaltsdiskussion entweder am 12. oder/und am 17. oder/und am 18.02.2009 fortzusetzen. Für den erfolgreichen Abschluss der Haushaltsplanberatungen bat er um die Information aus den Fraktionen, um sich auf Schwerpunktfragen vorbereiten zu können.

Herr Wolter erinnerte an seinen Antrag in der Sitzung am 16. 12.2008, dass das Vorhaben aus dem Haushaltsplanansatz 2009 gestrichen werden solle.

Frau Szabados kündigte an, sich bezüglich der Streckung der Haushaltskonsolidierungsbeiträge der Wohnungswirtschaft mit den Fraktionen in Verbindung zu setzen.

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sitzung am 17.02.2009

**zu 4.1.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Haushaltsplanansätzen im Bereich Bildung
Vorlage: IV/2009/07817**

Herr Misch stellte den Antrag im Namen der CDU-Fraktion. Er begründete diesen damit, dass die Vermittlung von Bildung für Kinder nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängig sein dürfe und durch städtische Haushaltssperren eingeschränkt wird. Im Konservatorium bestehen Wartelisten für die Aufnahme aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln der Einrichtung.

Frau Szabados führte aus, dass die Intension der Verwaltung bei der Reduzierung freiwilliger Leistungen erkennbar sei. Die Vorschläge, die Kinder betreffen, wurden sehr strengen Maßstäben unterzogen. Der Antrag könne als Anregung angenommen werden, sollte jedoch

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 10.02.2009 - öffentlicher Teil

nicht als verpflichtender Beschluss gefasst werden. Ihr sei momentan nicht bekannt, ob im Rahmen der Haushaltssperre vom Konservatorium Anträge auf Mittelfreigabe aus der Sperre gestellt worden seien.

Herr Wolter stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf Abbruch der Debatte.

Herr Dr. Schmidt sprach sich dagegen aus.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolter:

5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Schmidt stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf Nichtbefassung, da der Antrag nicht auf der Tagesordnung steht und evtl. im Stadtrat ordentlich gestellt werden könne.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Schmidt:

2 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, Haushaltsplanansätze im Bereich der Bildung einschließlich des Konservatoriums von künftigen Haushaltssperren auszunehmen, wenn diese die Vermittlung von Bildung und musischer Bildung zur Zielsetzung haben.

zu 4.2 Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen Leistungen Vorlage: IV/2009/07733

Dezernat IV - Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung **Reduzierung freiwilliger Leistungen**

Herr Kogge informierte über die Ergebnisse zur Reduzierung freiwilliger Leistungen im Bildungs-, Sozial-, Jugendhilfe und Kulturausschuss. Bezüglich des Kulturausschusses wurde zu Beginn der Sitzung ein Austauschblatt verteilt. Zusammenfassend plädierte er für die schnelle Verabschiedung des Haushaltes, um den freien Trägern die notwendigen finanziellen Mittel auszahlen zu können.

Frau Wolff äußerte sich verwundert, dass die geplanten Mittel für die Jugendfreizeiteinrichtung Gimmritzer Damm erhöht werden sollen. Unter der Maßgabe der Haushaltskonsolidierung wurde der Umzug der Einrichtung beschlossen.

Frau Haupt wies darauf hin, dass das Budget für die gemeinsamen Projekte von Ausländern und Deutschen im Fachausschuss nicht festgesetzt wurde, sondern mit Mitteln in Höhe von mindestens 250 T€ ausgestattet werden soll.

Aufgrund mehrerer Nachfragen von Stadträten führte Herr Kogge aus, dass die geplanten Einsparungen städtischer Mittel für die Kosten der Unterkunft eine klare Herausforderung darstellen. Dies soll unter anderem durch die Erhöhung der Teilnehmer am Kommunal-Kombi-Programm erreicht werden. Eine Stelle in diesem Programm könne bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen Einsparungen in Höhe von 100 - 110 € bei den Kosten der Unterkunft ausmachen. Ziel der Stadt sei es z. B., ältere Menschen am Ende ihrer Arbeitszeit in Arbeit zu vermitteln, um deren finanzielle Ausstattung auch für die Rentenansprüche zu erhöhen.

Frau Szabados fügte an, dass ca. 230 Bedarfsgemeinschaften ca. Kosten der Unterkunft in Höhe von 1 Mio. € verursachen. Zurzeit bestehen ca. 20.100 Bedarfsgemeinschaften.

Herr Misch erinnerte an seine Anfragen zum Bücherbus und die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Herr Geier führte aus, dass im Ergebnis des Jahresabschlusses des Vermögenshaushaltes 2008 ein Haushaltsrest gebildet worden sei für den Bücherbus. Er wies auf strenge landesrechtliche Vorschriften hin. Gleichzeitig gab er zu bedenken, dass in dem Bereich der Schulen durch den Investitionsstau Gefahr im Verzug sei.

Einige Mitglieder des Ausschusses wiesen darauf hin, dass ein klares Votum des Stadtrates vorgelegen habe, welches durch die Verwaltung nicht umgesetzt wurde. Falls die Ausschreibung nicht zu dem Ergebnis führe, dass ein Bücherbus neu gekauft werde, kündigte Herr Bönisch die Prüfung von Regressforderungen an.

Herr Wolter fragte nach der konkreten Untersetzung im Haushaltsplan bezüglich des Beschlusses des Kulturausschusses zur Stadtbibliothek.

Herr Geier erläuterte, dass die Veränderungen bezüglich der Reduzierung von freiwilligen Leistungen nach der Beschlussfassung durch den Finanzausschuss in den Änderungsdienst des Haushaltes für den Stadtrat eingearbeitet werden. Zu den Haushaltsausgaberesten führte er aus, dass diese in der Sitzung am 17.02.2009 auf der Tagesordnung stehen und die Vorlage bezüglich einzelner Positionen mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt werde. Er werde dazu im Finanzausschuss berichten.

Frau Wolff stellte folgenden **Antrag**:

Im Haushalt 2009 werden 25 T€ für die Generalüberholung der Fahrbibliothek eingestellt - Deckung aus dem Haushaltsausgaberest aus dem Jahr 2008. Die restlichen Mittel werden nicht eingestellt bzw. übertragen.

Herr Bönisch stellte den **Antrag**, den Haushaltsausgaberest für den Bücherbus 2008 zu bilden und entsprechend umzusetzen (gemäß Beschluss im Kulturausschuss).

Abstimmung zum Antrag von Herrn Bönisch:

7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Da dies der weiterführende Antrag ist, muss über den Antrag von Frau Wolff nicht mehr abgestimmt werden.

Es erfolgte die Diskussion zum Antrag der SPD-Fraktion zum Künstlerhaus 188.TOP 4.2.1

Frau Wolff erinnerte Herrn Kogge an die Beantwortung ihrer Fragen im Fachausschuss zur Franzigmark.

Herr Geier fasste die Diskussion kurz zusammen. Die Vorlage werde bezüglich des Künstlerhauses 188 UA 3400 (gemäß den Anträgen in der heutigen Sitzung) und der Jugendfreizeiteinrichtung UA 4609 (-19 T€) geändert. Sie schließe mit einer Gesamtsumme in Höhe von 3.747.500 € ab.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Vorschlag der Stadtverwaltung zur Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen Leistungen (lt. Anlagen ohne Deckblatt) wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 3.747.500 €
 VermHH :

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
IV/2009/07742 Reduzierung von Zuschüssen zu freiwilligen
Leistungen (Künstlerhaus 188)
Vorlage: IV/2009/07759**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Wolter und Frau Oberbürgermeisterin Szabados.

Herr Dr. Meerheim stelle den **Änderungsantrag**, dem Künstlerhaus, zusätzlich zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, weitere 25 T€ zur Verfügung zu stellen (insgesamt 175 T€). Durch die Zusammenarbeit bezüglich von Projekten mit der IHK bestehe die berechtigte Hoffnung, dass die Kosten für diese Einrichtung zukünftig abgesenkt werden können. Die Initiative des Vereins solle durch die Politik positiv begleitet werden.

Einige Stadträte sprachen sich gegen den Änderungsantrag und den Ursprungs-Änderungsantrag aus. Die Begründung dieser und der Beschluss des Kulturausschusses seien aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht nachvollziehbar. Es entstände der Eindruck, dass die finanziellen Bedürfnisse des Vereins künstlich erzeugt werden.

Frau Szabados führte aus, dass die Verwaltung aufgrund des Profils der Einrichtung einen Reduzierungsvorschlag unterbreitet habe. Die Zielrichtung der Einrichtung sei die Existenzgründungsmöglichkeiten für Künstler. Dies sei mit dem Verein besprochen. Die Anträge seien aufgrund der Haushaltslage - gerade im Ausschuss für Finanzen - unverständlich. Die Haushaltskonsolidierung werde immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Dies ziehe Schwierigkeiten bei der Haushaltsgenehmigung durch das Landesverwaltungsamt nach sich.

Mitglieder des Ausschusses sprachen sich für die Änderungsanträge aus. Die bestärkten die Verwaltung, mit den Vereinen Ziele und Forderungen zu vereinbaren und die Abrechnungen der Zuschüsse abzufordern.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Modifizierter Beschlussvorschlag:

Maßnahme 6 wird folgendermaßen geändert:

Die mögliche Einsparung wird um 20.000 € + 25.000 € (gemäß Antrag von Dr. Meerheim) auf ~~116.000 €~~ 91.000 € verringert, so dass dem Künstlerhaus 188 e.V. im Jahr 2009 ein Zuschuss von ~~150.000 €~~ 175.000 € verbleibt.

Der Text unter Bemerkungen/Auswirkungen wird folgendermaßen geändert:

Die Stadt stellt für Miete Bewirtschaftung des Hauses Böllberger Weg 188 und gegebenenfalls Personalkosten des Vereins im Jahr 2009 150.000 € zur Verfügung. Damit wird die Tätigkeit des Vereins und der Verbleib der im Haus wirkenden Künstlerinnen und Künstler sowie Vereine und Initiativen gesichert.

Im Verlauf des Jahres 2009 wird der Künstlerhaus 188 e.V. im Dialog mit der Verwaltung eine Lösung zur Sicherung der Tätigkeit des Vereins über das Jahr 2010 hinaus erarbeiten. Das schließt die Möglichkeit eines Wechsels in andere als die derzeit genutzten Räume und auch eine Veränderung der Tätigkeitsfelder des Vereins ein.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen Vorlage: IV/2008/07285

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in die Beratung des Finanzausschusses am 17.02.2009 vertagt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 8 mündliche Anfragen

Zweitwohnsitzsteuer

Frau Wolff fragte nach den Auswirkungen des Urteils zur Zweitwohnsitzsteuer auf die Stadt Halle (Saale).

Herr Geier sagte eine Information in der kommenden Sitzung zu.

Portfolio BMA-Berichte

Herr Wolter bat um eine schriftliche Information, warum der Stadtrat bei der Änderung des Portfolios der BMA-Berichte nicht beteiligt und warum dieses verändert wurde.

Bürgerhaushalt

Herr Wolter fragte nach dem Umgang der Verwaltung mit dem Bürgerhaushalt. Es gibt eine Verantwortliche für diesen, aber keine Beteiligungsmöglichkeit.

Herr Geier sagte zu, sich dazu noch zu äußern.

Sitzung des Finanzausschusses am 17.02.2009

Auf Nachfrage von Herrn Wollenweber verneinte Herr Dr. Meerheim eine zeitliche Begrenzung der Sitzung des Finanzausschusses am 17.02.2009.

Konjunkturprogramm

Herr Wolter fragte, warum der Stadtrat in die Zuarbeit für den Antrag der Stadt Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm nicht einbezogen wurde.

Frau Szabados führte aus, dass die Verwaltung die Projekte eingereicht habe, die in den Fachausschüssen bereits beraten und mit Prioritäten versehen wurden. Kindereinrichtungen und Schulen machen 65 % des Antrages aus. Einen anderen großen Anteil haben die Straßen und der Lärmschutz eingenommen. Die Auswahl der prioritären Maßnahmen habe ohne Wertung stattgefunden. Eine Kopie des Antrages wurde im Laufe der Sitzung an die Fraktionen übergeben.

VUB

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch zum Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates bezüglich der VNG-Aktien verwies Frau Szabados auf die Stadtratsunterlagen. Diesen sei der Widerspruch beigefügt.

Müllgebührensatzung

Auf Nachfrage erläuterte Frau Szabados, dass sie keinen Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Müllgebührensatzung eingelegt habe, da sie die Rechtsauffassung vertrete, dass dieser Beschluss unwirksam sei und durch das Landesverwaltungsamt bemängelt werde. Dieses habe bereits die diesbezüglichen Unterlagen abgefordert und prüfe den Vorgang. Da die Rechtswirksamkeit nicht gegeben sei, werde eine schnelle Prüfung erwartet.

Frau Weiß wies darauf hin, dass an der Abforderung der Unterlagen noch keine Wirkung abzuleiten sei.

Herr Dr. Wiegand unterstützte die Rechtsauffassung von Frau Szabados. Die neue Satzung sei nicht rechtskräftig. Aus diesem Grund werden keine Bescheide versandt. Das Landesverwaltungsamt prüfe die formelle und materielle Rechtmäßigkeit. Nachteilige Rechtsfolgen für den Bürger seien nicht zu erwarten.

zu 9 Anregungen

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin